



Ein gemeinsames Projekt der
Luzerner Landzeitungen

«Wichtig, unabhängige Stimmen zu haben»

UNO Mitten in den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine muss sich das Parlament mit einem zusätzlichen aussenpolitischen Thema befassen. Im Rahmen der Frühlingsession geht es um den temporären Einsitz der Schweiz in den UNO-Sicherheitsrat. Der Seetaler Damian Müller (FDP) gehört der aussenpolitischen Kommission des Ständerates an.

Von Ernesto Piazza

Damian Müller, Sie waren die vergangenen zwei Jahre Präsident der aussenpolitischen Kommission des Ständerates und befürworten die Kandidatur für einen temporären, zweijährigen Sitz der Schweiz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNO). Warum macht das in Ihren Augen Sinn?

Damian Müller: Gerade für einen neutralen Staat wie die Schweiz und in Zei-



«Stelle mich ganz klar hinter den Bundesrat.»

Damian Müller Ständerat FDP

ten, wie wir sie aktuell erleben, ist ein solcher Schritt sinnvoll. Denn unser Land geniesst den Ruf eines neutralen und unabhängigen Staates ohne koloniale Vergangenheit und ohne geopolitische Interessen. So können wir uns glaubhaft für Frieden und Völkerrecht einsetzen.

Die SVP beispielsweise, aber mittlerweile auch Politiker anderer Couleurs, bekämpfen einen Beitritt. Sie sehen Friktionen in Bezug auf unsere Neutralität. Können Sie diese ausschliessen?

Ich sehe kein neutralitätspolitisches Problem darin, sich für Frieden und die Einhaltung des Völkerrechts einzusetzen, namentlich nicht in einer Organisation, wie der UNO, die ja alle Länder der Welt umfasst. Da stelle ich mich ganz klar hinter den Bundesrat, der sagt: Einem Aggressor in die Hände zu spielen, ist nicht neutral.

Glauben Sie tatsächlich, die Stimme der Schweiz wäre im UNO-Sicherheitsrat bei Konflikten genug gewichtig, zur De-Eskalation beizutragen?

Ja, auf jeden Fall.

Warum?

Ich konnte bei meinem Besuch in New York im vergangenen Oktober feststellen, dass die Schweiz in der UNO eine ausserordentlich grosse Glaubwürdigkeit hat. Sie ist kein machtpolitischer Player, sie hat – wie erwähnt – keine geopolitischen Interessen. Dazu kommt noch eines: Die Schweiz hat eine grosse Erfahrung mit Kompromissen und ist damit als Brückenbauer sehr geschätzt.

Wie zeigt sich das?

Beispielsweise darin, dass die Schweiz immer wieder wichtige Gremien in der UNO präsidiert hat und noch präsidiert. Wie etwa das zentrale Budget-Komitee, wo über den Einsatz der UNO-Gelder entschieden wird. Und damit über wesentliche Teile der UNO-Politik.

Der UNO-Sicherheitsrat hat sich zum Ziel gesetzt, «den Frieden zu sichern und die Sicherheit zu gewährleisten». Trotzdem kommen die Mitglieder nicht darum herum, auch zu heiklen Themen wie den aktuellen kriegerischen Aktivitäten



Der Krieg läuft schon seit Jahren: Kinder im Sommer 2015 vor einem Jugendkulturhaus in der Ostukraine. Foto Archiv / André Widmer

Stellung zu beziehen, abzustimmen. Wie ist das mit der Neutralität vereinbar?

Die Basis von UNO-Entscheiden ist immer das Völkerrecht. Dazu bekennen sich alle Staaten, auch die Schweiz. In diesem Sinne ist die Frage der Neutralität gar nicht tangiert. Die UNO entscheidet nicht über Krieg und Frieden.

Worüber denn?

Sie entscheidet über friedensbildende Massnahmen, zum Beispiel darüber, Friedenstruppen zu entsenden.

Beim Ukraine-Krieg vermochte der UNO-Sicherheitsrat nicht wirklich etwas zu bewirken, auch weil sich Russland und die USA gegenseitig neutralisierten. Das Resultat war jeweils, dass es kein Resultat gab. Wie sehr macht ein Sicherheitsrat dann Sinn, wenn er gerade in solchen heiklen Missionen nicht wirklich imstande ist, etwas für Frieden und Sicherheit zu bewirken?

Natürlich ist die UNO nicht perfekt. Gerade das Vetorecht im Sicherheitsrat ist störend und müsste geändert werden.

Das Unperfekte kann aber nicht Argument sein, sich nicht zu engagieren. Im Gegenteil.

Was schlagen Sie dann vor?

Gerade weil die UNO nicht perfekt ist, weil gewisse Länder im Sicherheitsrat immer auch aus eigenen Interessen entscheiden, ist es wichtig, unabhängige Stimmen zu haben, die nicht den eigenen Interessen, sondern den gemeinsam gefassten Grundsätzen des Völkerrechts verpflichtet sind und diese immer wieder anmahnen.

«Chance, Reissleine zu ziehen»

UNO Sowohl der Bundesrat wie auch eine Mehrheit des Parlaments sprechen sich dafür aus, dass die Schweiz 2023 und 2024 als nicht ständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat Einsitz nimmt. Ganz zum Leidwesen der SVP.

In Europa herrscht Krieg und gleich fünf Luzerner Bundespolitiker sitzen in diesen aufwühlenden Zeiten an den Schalthebeln der Schweizer Aussenpolitik. In der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats nehmen Roland Fischer (GLP), Yvette Estermann und Franz Grüter (beide SVP) Einsitz. Letzterer präsidiert das Gremium. Im Ständerat gehören Damian Müller (FDP) und Andrea Gmür (Mitte) der Schwessterkommission an. Während der Eicher Grüter eine Kandidatur in den UNO-Sicherheitsrat kategorisch ablehnt, befürwortet der Hitzkircher Müller (separates Interview) diesen Schritt.

Sowohl der Bundesrat wie auch eine Mehrheit des Parlaments sprechen sich ebenfalls dafür aus, dass die Schweiz 2023 und 2024 als nicht stän-

diges Mitglied in diesem Gremium Einsitz nimmt. Ganz zum Leidwesen der SVP. Sie hat dieses Vorhaben in den vergangenen Monaten vehement bekämpft. Jetzt kommt es im Zuge der Frühlingsession zu diesem Thema zu einer Sonderberatung. Der Grund: Eine von der SVP eingereichte Motion, fordert «keine Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat». Der Bundesrat wird explizit beauftragt, darauf zu verzichten. Der Luzerner SVP-Nationalrat Franz Grüter sagt: «Ein Beitritt erachte ich als einen riesigen Fehler.» Weil dort über «Krieg» und «Frieden» entschieden werde.

Momentan bestehen 14 Sanktionsregimes des Sicherheitsrats. In den letzten sechs Jahren wurden drei neue beschlossen, andere sind verlängert beziehungsweise geändert worden. «Solche Befugnisse sind nicht mit der Schweizer Neutralität vereinbar – und ebenso wenig mit der Schweizer Unabhängigkeit», umreisst Grüter seine Position zu diesem parlamentarischen Geschäft. Gerade der Ukraine-Konflikt zeige, welche heikle Entscheidungen jetzt schon auf die Schweiz zugekommen seien. Und bei einem Einsitz in den UNO-Sicherheitsrat erwartet er noch

weitere unangenehme Auseinandersetzungen. «Dort wird die Schweiz gezwungen, Position zu beziehen, obwohl ihre Position ist, dass sie keine Position bezieht.» Unser Land kann sich im Gremium zwar der Stimme enthalten, «das wird aber als stillschweigende Zustimmung interpretiert», so Grüter. Anstelle eines Sitzes im Sicherheitsrat setzt er auf Diplomatie, auf «die guten Dienste, welche die Schweiz anbieten kann.»

Grüter mit klaren Standpunkten

Der Standpunkt des Präsidenten der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK) ist unmissverständlich. Und Grüter ist auch bekannt dafür, seine Standpunkte klar zu vertreten. So erklärte er jüngst in einer Einschätzung im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg, dass eine Deeskalation des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine bei der Frage eines möglichen NATO-Beitritts der Ukraine ohne ein Entgegenkommen des Westens kaum möglich sein werde. Dies hatte einen ordentlichen Wirbel zur Folge. Von Leitmedien als «Putin-Versteher» beschimpft, sorgten seine Worte auch bei Teilen der Politik und der Öffentlichkeit für Irritation und «gipfelten sogar

in un schönen persönlichen Anfeindungen», bestätigt Grüter.

Am vergangenen Samstag nahm Grüter in der Samstagsrundschau von SRF dazu Stellung. «Ich bin einen Tag vor Ausbruch des Krieges um eine Einschätzung der Situation gefragt worden. Ich habe damals meine Sichtweise dargelegt und bin der Ansicht, dass es zu den Aufgaben des Präsidenten der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats gehört, Lagebeurteilungen vorzunehmen und diese ebenfalls zu äussern.» Seine Einschätzung kollidiere auch nicht mit dem Neutralitätsgedanken, den die SVP vertrete. «Es war weder eine Wertung noch eine Einflussnahme», betont der SVP-Nationalrat.

Keine eigentliche Debatte

Nun wartet die SVP auf den 10. März. Dann soll im Nationalrat nochmals über die Schweizer Kandidatur im UNO-Sicherheitsrat entschieden werden. «Die eidgenössischen Räte werden nochmals die Chance bekommen, die Reissleine zu ziehen», erklärt Grüter. Allerdings hat das Parlament bereits entschieden, dass nur die Antragsteller, für die SVP ist dies der Zürcher Roger

Köppel, und der Bundesrat sich dazu äussern können. Es wird also keine eigentliche Debatte geben, auch weil sich das Parlament schon zweimal für eine Kandidatur aussprach. Deshalb kann man davon ausgehen, dass die Motion abgelehnt wird. Und dies, obwohl mittlerweile auch Bundesparlamentarier von SVP-fremdem politischem Couleur sich gegen eine Aufnahme in den UNO-Sicherheitsrat aussprechen. Auch deshalb und vor allem mit Blick auf die Aktualität, sagt Grüter: «Der Ukraine-Konflikt zeigt uns, welches die richtige Entscheidung ist.» Sollte es zu einem Ja kommen, ist Malta der einzige Mitkandidat, der der Schweiz diesen Sitz noch streitig machen könnte.

Bei einer Ablehnung der SVP-Motion muss das Parlament über ein weiteres Begehren der Partei in diesem Zusammenhang entscheiden. Und zwar soll der Bundesrat damit beauftragt werden, dass während der Einsatzdauer der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat die Entscheidungshoheit bei der vereinigten Bundesversammlung liegt. Konkret geht es um die UNO-Charta, die als letztes Mittel zur Friedenssicherung auch Sanktionen und militärische Durchsetzungsmassnahmen vorsieht.